

Verantwortlich:

Juli 1980

Beate Dröge, Ursula Drosd, Detlef Hengelbrock, Joachim Korte,
Rainer Korte, Günter Poggemann, Hermann Raufhake, Reinhold Thiede.

Anschrift:

Reinhold Thiede jr., Am Sundern 7, Georgsmarienhütte, Tel. 05409/1487

Auflage: 150

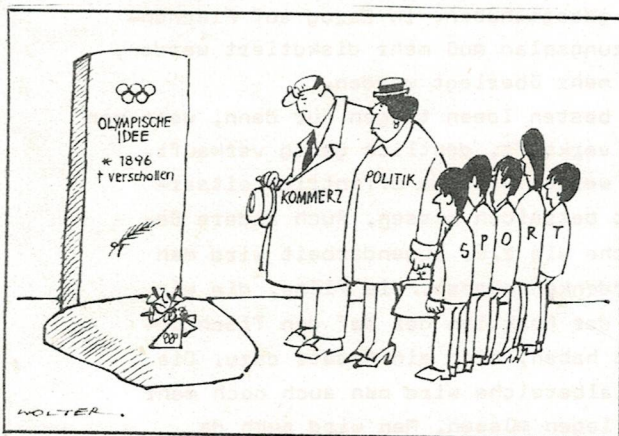
Preis: 0,50 DM

Lange genug hat es ja gedauert, aber pünktlich zur Ferienzeit kommt als Urlaubslektüre die neue Nummer der ZdJ.

Erfreut haben wir festgestellt, daß es inzwischen wieder eine SPD-Zeitung in Georgsmarienhütte gibt, die GiG. Zwar in "etwas" größerer Auflage als unsere ZdJ - aber dünner.

In dieser ZdJ beginnen wir eine Serie von Interviews mit georgsmarienhütter Genossen. Den Anfang

machten wir mit Hans Warnke. Besonders interessant ist auch eine Erklärung unseres Bundestagsabgeordneten Alfred Emmerlich zur Handhabung des Radikalenerlasses in Bayern. Unvermeidlich war ein Artikel zum Olympiaboykott. Dazu noch ein Hinweis: Wie während unserer Aktion zur Fußball-Weltmeisterschaft in Argentinien an-



Die ganze Familie

gekündigt, werden wir zur Olympiade mit einem Informationsstand auf die Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR hinweisen.

Zum Abschluß noch eine Bitte: Schickt uns Leserbriefe! Wir sind für jede Anregung oder Kritik dankbar.

„Die Grünen haben keine Chance.“

Interview mit Hans Warnke

Wir wollen in der ZdJ in Zukunft Interviews abdrucken, um in unserer Zeitung auch die Meinung der älteren Genossen zu veröffentlichen und zu diskutieren.

Den Anfang macht Johannes Warnke, SPD-Ratsherr und Vorstandsmitglied der SPD Georgsmarienhütte. Das hier abgedruckte Interview ist die Zusammenfassung eines ca. zweistündigen Gespräches, die in dieser Form von J. Warnke autorisiert wurde.

ZdJ: Du mußtest jung in den Krieg, warst in Gefangenschaft und hast dann ja auch hier in Oesede in der SPD den Arbeitskreis für Frieden und Abrüstung mitinitiiert. Wie wichtig ist Friedensarbeit für Dich?

Hans: Vielleicht darf ich mal eben darauf zurückkommen, daß wir schon mal hier sehr aktiv Friedenspolitik betrieben haben zu der Zeit, als es um die Wiederaufrüstung ging. Zu der Zeit haben wir in Wahlkämpfen Tag und Nacht gearbeitet, wir sind am Tage dageblieben und haben Plakate vorbereitet und haben sie nachts aufgestellt, weil es hier einfach nicht anders ging. Am Tage wurde man was weiß ich wie verteuftelt, aber zu der Zeit haben wir, junge Leute damals - wir waren Jusos damals - sehr großen Einsatz gezeigt.

Zu der Zeit als es um die Wiederaufrüstung ging und als die SPD anfang da mitzumachen, da waren wir mit zwei drei Mann soweit überhaupt nicht mehr mitzumachen. Ich persönlich wollte auch austreten. Das war mir einfach zuviel. Dann gab es Jahre, wo das Thema überhaupt nicht aktuell war. Ja, und dann kam eben eine neue Generation, das wart ihr praktisch, und ihr habt das Thema wieder aufgegriffen und ich habe dann sofort wieder mitgemacht und würde auch gerne weiter mitmachen, einfach weil das für mich immer auch der wichtigste Punkt mit war.

ZdJ: Hans, wie kriegen wir Leute, junge Leute, die kontinuierlich mitarbeiten? Was hast Du aus Deiner Erfahrung zu sagen, wie geht das?

Hans: Es gibt natürlich mehrere Wege. Ich hatte seinerzeit mal den Vorschlag gemacht, daß man sich zu den jungen Leuten hinbewegt, d.h. man muß sie wenigstens zwischendurch mal infomieren. Wenn man sie dann erst einmal zu einer Parteiveranstaltung, wie sie auch immer aufgezoogen ist, hinkommt, hat man Kontakt und muß diesen Kontakt dann pflegen, wie ein rohes Ei behandeln.

ZdJ: Du hast das ja jetzt in Oesede vorbildlich vorexerziert, wie das geht, daß man junge Leute rankriegt. Du hast Jusos als gleichwertige Parteigenossen behandelt und dafür gesorgt, daß sie auch in den Vorstand kommen und jetzt auch persönlich den ersten Vorsitz an einen jungen Mann, an Dieter Selige, abgeben.

Hans: Das ist auch eine alte Regel, die für alle Bereiche des Lebens gilt, ein bißchen Vorbild muß man schon bringen, wenn man auch junge Leute für die Sache gewinnen will, Da geht es nicht, daß man nur palavert aus dem hohlen Bauch heraus oder irgendeine Haltung bringt für fünf Minuten, zur Schau stellt, und hinterher sich dann genau dagegen verhält.

ZdJ: Du hast jetzt zwei wichtige Sachen schon genannt, die man machen muß, wenn man unsere Politik hier vor Ort durchsetzen will: die Bürgernähe, zum Bürger hingehen, und daß man persönlich Vorbild sein muß. Die dritte Sache ist: da muß doch eine bestimmte Politik zugehören. Was wäre kommunalpolitisch jetzt wichtig, woran hat es bis jetzt gefehlt?

Hans: Alternativen müssen wir aufzeigen. Das ist eine schwierige Aufgabe, aber ich glaube es ist schon richtig, wenn wir gesagt haben, in Bezug auf Flächennutzungsplan muß mehr diskutiert werden, muß mehr überlegt werden.

Die besten Ideen taugen nur dann, wenn man sie verkauft, deutlich genug verkauft. Wir werden also da Öffentlichkeitsarbeit betreiben müssen. Auch andere Bereiche wie z.B. Jugendarbeit wird man überdenken müssen, die Pläne, die wir von der Fraktion her auf den Tisch gelegt haben, sind ein Ansatz dazu. Die Sozialbereiche wird man auch noch mehr überlegen müssen. Man wird auch da wieder mit dem Bürger diskutieren müssen. Dazu gehört Euer Wunsch, daß wir immer wieder diesen Generalverkehrsplan vorlegen, einen Teil des Flächennutzungsplanes. Da kann der Bürger mitreden. Nur müssen wir das, was wir dem Bürger zusagen, nämlich daß wir mit ihm diskutieren wollen (in unseren Bürgerversammlungen z.B.) auch fortsetzen. Wenn wir glaubhaft bleiben wollen, müssen wir die vorgetragenen Punkte auch abhaken. Auch dann, wenn wir wissen, wir können sie nicht durchsetzen. Dann müssen wir es dem Bürger sagen. Das wäre also

Interview...

z.B. die Strategie, daß man sagt: hier, Müller, Du hast mir damals den Auftrag gegeben, das und das zu machen, ich habe das dreimal versucht, im Ausschuß und in der Fraktion, aber die CDU will nicht.

ZdJ: Es gibt Gerüchte über eine Wählergemeinschaft. Wem würde eine solche Gemeinschaft eher schaden, den Sozialdemokraten oder anderen?

Hans: Ich sehe das nicht so problematisch. Ich glaube nicht, daß sich eine Wählergemeinschaft "B 51" durchsetzen könnte. Gut möglich, daß sie eine Reihe Stimmen kriegen, aber daß sie auch ein oder zwei Mitglieder durchsetzen können, davon sind sie meiner Meinung nach weit entfernt. Ich kann mir aber denken, wenn eine Wählergemeinschaft sich zu diesem einen Ziel bekennt, daß sie dann überwiegend CDU-Wähler an sich zieht.

ZdJ: Wie siehst Du denn das Problem Grüne - SPD als alter Sozialdemokrat?

Hans: Ich habe immer gesagt, die Grünen sind eine Modeerscheinung. Ich glaube nicht, daß sie sich mittelfristig durchsetzen können. Uns steht es an, gute grüne sozialdemokratische Politik zu machen, bevor wir darüber nachdenken sollen, ob wir mit denen zusammenarbeiten wollen.

ZdJ: Meinst du, daß grüne Politik in der SPD zuhause sein müßte?

Hans: Es klingt ein bißchen abgedroschen, aber es ist einfach eine Tatsache, daß damals Willy Brandt als Kandidat gefordert hat, "der Himmel über dem Ruhrgebiet muß wieder blau werden". Das ist ein Punkt, an den man sich erinnern muß, wenn man heute versucht, SPD-Politik in dieser Richtung zu kritisieren.

ZdJ: Haben die Grünen beim Klöcknerarbeiter eine Chance?

Hans: Keine. Immer dort, wo die Arbeiterschaft stark vertreten ist, haben die Grünen keine Chance.

ZdJ: Was sollen wir konkret vor Ort jetzt tun für die nächste Bundestagswahl?

Hans: Da genügt es einfach nicht, daß man am Wochenende einmal zusammenkommt und Flugblätter verteilt, sondern man muß dann Urlaub nehmen. Dann muß man Freizeit opfern. Ich habe es nie anders gekannt, als daß ich wenigstens eine Woche, manchmal vier Wochen, Urlaub genommen habe.

Wenn wir da fünf bis zehn Mann haben, die mitziehen, in jedem Stadtteil nach Möglichkeit, dann können wir Georgsmarienhütte aus den Angeln haben.

Die letzten Landtagswahlen haben wieder bewiesen: dort, wo wir bisher nicht besonders stark waren, können wir noch Stimmen holen. Die katholische Arbeiterschaft ist für unsere Programme zu haben, wir müssen sie nur entsprechend verkaufen.

Energie-Spartip Nr. 3

Ein Konzertflügel hat die gleiche Heizkraft wie drei Klaviere. Sie sparen daher nicht an der falschen Stelle.

Warme Räume bleiben länger warm, wenn man die Schlüssellocher der Zugangstüren mit Kaugummi zustopft.

Energiesparen – unsere beste Energiequelle.



Der Bundesminister für Wirtschaft

Energie-Spartip Nr. 5

Schon 100 km Fahrt erhitzen das Kühlwasser Ihres Autos so stark, daß es anschließend bequem für ein Fußbad ausreicht. Bei größeren Wagen sogar für 5-7 Füße!

Energiesparen – unsere beste Energiequelle.



Der Bundesminister für Wirtschaft

Die Juso-Ag hatte die SPD-Betriebsgruppe der Klöckner Werke am 28.3.80 zu einem gemeinsamen Gespräch eingeladen. Dabei sollte über eine mögliche Zusammenarbeit in Arbeitnehmerfragen gesprochen werden. Von der SPD-Betriebsgruppe kamen drei Vertreter des Vorstandes zu dem Gespräch.

Nachdem man sich darüber einig war, daß Schwierigkeiten zwischen verschiedenen Bürgerinitiativen sich nicht auf die Zusammenarbeit verschiedener Arbeits-

gemeinschaften in der SPD auswirken dürfen, wurden folgende Themen angesprochen: Sozialwahlen, Verhältnis Betriebsrat zu Arbeitgeber, Rentenpolitik und Klöckner-Stahl-Verfahren.

Es kam bei dem Gespräch zu einem interessanten Meinungs- und Informationsaustausch, der in Zukunft wiederholt werden sollte. Die Juso-Ag bot der SPD-Betriebsgruppe bei Bedarf ihre Unterstützung an.

Im weiteren muß man sich einmal Überlegen, wie man junge Arbeitnehmer zu einer Mitarbeit in beiden Gruppen gewinnen kann.

Immer wider falsche Aussagen!

In Georgsmarienhütte erscheint ein Blatt "Stadt im Werden", das die CDU herausgibt. In jüngster Zeit wird dort der Ton rauher und vor allem unfairer. Krönung war die Nummer vom 2. Mai. Dort ist ein Artikel von Heinz Lunte, anscheinend in der CDU für aggressive und polemische Angriffe gegen die SPD und einzelne ihrer Mitglieder zuständig, abgedruckt. In manipulativer Weise und durch geschickte Zitatenauswahl wird die SPD denunziert.

So wird kritisiert, daß die ZdJ die Weitergabe von Informationen an die CDU mit den Worten "pfui Deibel" kommentiert habe und dazu die Frage gestellt, ob die Jusos wohl etwas zu verbergen hätten. Dies ist eine gewollte und gezielte Irreführung des Lesers, denn

1. haben wir die heimliche Weitergabe von parteiinternen Schriften angesprochen - es ist ja unbekannt, wer der Informant ist;

2. hat die Junge Union die ZdJ abonniert, wo eben gerade der Sachverhalt der Informationsweitergabe geschildert und kritisiert wird. Wenn wir etwas verbergen wollten, würden wir dann ausgerechnet der JU diese Informationen geben?

In dem Artikel geht es weiter mit einem Zitat: "Die CDU Fraktion wollte und konnte dieser Lösung jedoch als Partei der Unternehmer und des Kapitals nicht zustimmen, wenn sie ihre Wähler nicht vergraulen wollte!"

Es wird der Eindruck erzeugt, als ob dieses Zitat in der Juso-Zeitung gestanden hätte. Das ist natürlich nicht der Fall gewesen! Wir haben sehr lange suchen müssen, um die Quelle des Zitats zu finden: es ist schließlich in den Ausführungen eines Genossen - der nicht mehr im Juso-Alter ist - für die Informationsmappe zur Jahreshauptversammlung der SPD-Oesede gefunden worden.

Die Frage bleibt: Was will die CDU mit dieser Art der Verzerrung von Aussagen eigentlich erreichen?

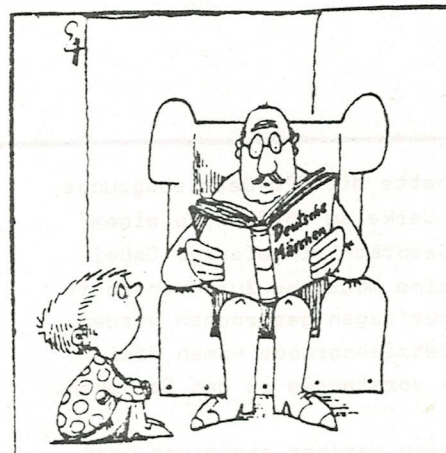
Für alle diejenigen, die immer noch nicht genug haben folgt rechts oben auf dieser Seite:

DER TRAGÖDIE ZWEITER TEIL

Wo wir schon einmal bei der CDU-Postille "Stadt im Werden" sind, hier noch ein "Klops" aus der gleichen Nummer. Über einem Artikel von F. Sieker prangt dort die vielversprechende Überschrift: "Gegendarstellung". Aha, denkt der Leser, da hat die "Stadt im Werden" wohl etwas Unwahres geschrieben, ist dabei von einem Leser ertappt worden und nun nach geltendem Recht verpflichtet, eine Gegendarstellung zu drucken. Liest man aber diesen Artikel, macht sich großes Erstaunen breit. Nicht das CDU-Blatt, dieses Musterbeispiel für fairen, ausgewogenen Journalismus hat etwas Falsches verbreitet, sondern die NOZ. Die NOZ, so schreibt Herr Sieker, habe verbreitet, daß die Anträge eines SPD-Ratsherrn (zur Verkehrslage in Dröper) samt und sonders abgelehnt worden seien. Das ist natürlich alles ganz anders, meinen Herr Sieker und mit ihm die CDU-Ratsherren. Da fragt man sich natürlich: Warum verlangt die CDU nicht von der NOZ eine Richtigstellung, wenn diese Angaben falsch waren? Hat man etwa vor Nachforschungen der Presse Angst?

Zu großer Heiterkeit hat schließlich folgender Satz von Herrn Sieker bei uns geführt: "Mit Bedauern nimmt die CDU-Fraktion zur Kenntnis, daß immer wieder falsche Aussagen oder Halbwahrheiten vom politischen Gegner in die Öffentlichkeit getragen werden." (Achtung, jetzt kommts!) "Unsere Reaktion besteht nicht darin, mit gleicher Münze zurückzuzahlen, sondern vielmehr darin, die Aussagen gerade zu rücken und sachlich zu arbeiten!"

Aha! Wer's glaubt, sollte diese Seite noch einmal lesen!



"Stadt im Werden" - Lesestunde

Jusos auf Reisen

In der Jubiläumsnummer der ZDJ, der 11ten, haben wir geschrieben, daß wir eigentlich gegen Städtefreundschaften seien. Wir sind eines Besseren belehrt worden. Denn die Ergebnisse unserer Remagenfahrt spotten jeder Beschreibung. Trotzdem soll versucht werden sie zu beschreiben:



Acht aufrechte Genossinnen und Genossen, gleichmäßig verteilt auf zwei Limusinen (jeweils vier Sozialisten pro Limusine) machten sich an einem Wochenende auf zum Besuch in Remagen. Trotz einer kurzen Rast in Remscheid und der Navigation unseres Vorsitzenden erreichten wir gegen 13 Uhr den verabredeten Treffpunkt im Stadtteil Oberwinter. Nach Ansprachen, Begrüßungen etc. konnten wir einem herzhaften Eintopf zusprechen. Um ca. 15 Uhr begann eine Stadtrundfahrt durch Remagen. In allen Ebenen, kreuz und quer meist rauf und runter. Remagen mit seinen Stadtteilen ist wirklich sehr schön. Schade ist nur, daß die Sanierung der Stadt uneinheitlich und scheinbar ohne Konzept durchgeführt wird. Es kommt auch schon einmal vor, daß neben den reizvollen Fachwerkhäusern plötzlich ein Einheitsbunker der Post oder einer Bank auftaucht.

Interessant ist auch, daß es auch in Remagen Schwierigkeiten mit einer Bundesstrasse gibt. Die sehr stark befahrene B 9 soll durch ein Naturschutzgebiet an der Ahrmündung verlegt werden. Der Höhepunkt war dann der abendliche Meinungsaustausch (oder so). Es gab Traubensaft (vergoren), Bier, Musik (eher "Volksmusik"), revolutionäre Lieder und Spiele (schwarze Magie und Telepathie). Sogar eine politische Entscheidung wurde getroffen. Die Jungsozialisten aus den Partnerstädten vereinbarten einen Bürgermeistertausch. Die Führungsorgane aus Remagen versicherten, daß sie mit der rheinischen Frohnatur Siepelmeyer sehr gut fertig würden. Zwar sie ihr Bürgermei-



ster nicht froh, aber wenigstens rheinisch. Die Delegationsleiter aus Georgsmarienhütte versicherten sie wären dann froh, wenn sie Siepelmeyer los wären. Es würde sich also alles ausgleichen. Froh, ob der geleisteten Arbeit begab man sich zu Bett.

Am frühem Sonntagmorgen machten wir uns auf zu einer Weinprobe. Man wurde den Verdacht nicht los, daß einige Jusos nicht so richtig auf den Geschmack kamen. Zum mittäglichen Mahl bot uns ein sehr guter Hobbykoch ein ausländisches Gericht. Dank der verfressenen Jusos aus Georgsmarienhütte wurden die Spagetti restlos verputzt.

Um 14 Uhr traten dann die Reisetnehmer vollen Magens und Herzens die Rückreise an.

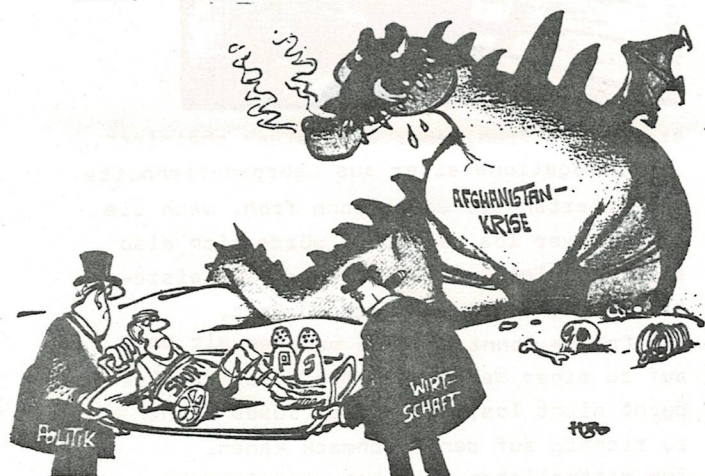


Sport-Spiele-Entspannung?

Eigentlich sollte einem ein Verzicht auf eine Olympiateilnahme gleichgültig sein!

Sport als Körpererzüchtung und Freude am Spiel findet bei Olympia nicht statt. Die mit Medikamenten und unmenschlichen Trainingsmethoden hochgezuchteten Olympioniken sind häufig alles andere als gesund; Freude empfinden sie wohl angesichts der ungeheueren Belastungen mehr über die lukrativen Vergütungen als über den sportlichen Wettstreit selbst; Amateure unter der Devise "Dabeisein ist alles" muß man bei den Olympischen Spielen mit der Lupe suchen.

Abbau von rassistischen und weltanschaulichen Vorurteilen, Völkerverständigung und Förderung der Menschenrechte und des Friedens geschieht über Olympia nur in minimalem Rahmen. Kontakte zwischen den Athleten, die sich vor und zwischen Wettkämpfen in ihren Trainingscamps abschotten entstehen kaum.



Deutsche Olympia-Karikatur: Die Opferung

tz, München

Olympische Spiele fanden statt angesichts des Ungarn-Aufstands 1956 und des Einmarsches der UdSSR in der CSSR 1968 und trotz des Palästinenser-Überfalls 1972; 1968 wurde die Durchführung gegen die demonstrierenden Studenten in Mexiko "freigeschossen". Die Fortführung der Olympischen Spiele ist dem IOC wichtiger als die Wahrung seiner Grundsätze. Was bleibt? - Olympia als riesiges Spektakel und Geschäft, das dem einzelnen gutdotierte Werbeverträge eröffnen soll, der werbenden Wirtschaft neue Absatzmärkte erschließen soll und den Staaten zur Befriedigung ihres nationalen Prestigebedürfnisses dient; ein Schauspiel, das außerdem Milliarden an Steuergeldern verschlingt!

Also: Olympische Spiele sollten möglichst

schnell abgeschafft werden!

Allerdings: Ganz so einfach ist die Sache offensichtlich nicht! Allein schon deshalb nicht, weil auch ich mich keineswegs freisprechen kann von den mit Olympia verbundenen Emotionen. Andererseits setzen gerade hierauf die Boykottbefürworter; denn ansonsten ist es kaum zu verstehen, warum die Frage des Olympiaboykotts weitaus intensiver geführt wird als andere, z.B. wirtschaftliche oder militärisch-politische Sanktionen gegen die Sowjetunion, die erheblich weiter reichen als ein Olympiaverzicht.

Stellen wir daher zunächst ganz einfach die Fragen, wann wäre ein Olympiaboykott sinnvoll, was müßte er erreichen und welche Argumente führen die Boykottbefürworter ins Feld.

Boykottmaßnahmen sollten dazu dienen, die UdSSR zum Rückzug aus Afghanistan zu bewegen. Ebenfalls denkbar wäre ein Olympiaboykott, um in der Sowjetunion die Beachtung der Menschenrechte durchzusetzen. Beides läßt sich jedoch bei einer realistischen Betrachtungsweise mit einem Verzicht auf die Olympiateilnahme kaum verwirklichen. Selbst die Boykottbefürworter geben dies sehr deutlich zu verstehen. Warum dann noch ein Boykott? Aus Solidarität mit den USA - wie es heißt - und um im Grundsatz deutlich zu machen, daß man die militärische Intervention in Afghanistan ablehnt, aus Prinzipientreue also. Die Propagierung eines Olympiaboykotts ist daher das deutlichste Zeichen einer gefährlichen Entwicklung der Außenpolitik weg von der Entspannungspolitik, hin zu einer Politik der Stärke, die in erster Linie der Durchsetzung eigener Interesse dienen soll (konkret: dem Zugang zu den Ölfeldern des mittleren Ostens). Politik die auf der Mobilisierung von Gefühlen und starren Prinzipien statt auf vernünftiger Überlegung und Bereitschaft zum Interessenausgleich aufbaut, ist aber immer besonders gefährlich!! Entspannungspolitik sei unteilbar - so sagt man! Wurden die Ostverträge aber nicht abgeschlossen, als die Menschenrechte im Ostblock genauso wie heute mißachtet wurden? Wurde KSZE-Schlußakte nicht unterzeichnet von der UdSSR und den USA, die sich damals wie heute in ihrer ideologischen Gegnerschaft

konträr gegenüberstehen? Wurden Abrüstungsverhandlungen nicht eingeleitet zu einer Zeit, als die USA noch stark militärisch in Indochina engagiert waren?

Entspannung kann immer nur in Teilbereichen beginnen! Wer mit einem Schlag die eigene Position durchsetzen will, verlangt die politische Kapitulation des anderen und ist daher ein 'kalter Krieger'.

Fazit: Ein Olympiaboykott ist strikt abzulehnen! - Nicht weil Sport und Politik nichts miteinander zu tun haben oder haben sollten, nicht weil damit die lange Vorbereitung der Sportler zunichte gemacht würde, sondern weil ein Olympiaboykott nicht die Durchsetzung von Menschen- und Völkerrechten gewährleisten kann. Er wird eher zu einer Verschärfung der Konflikte führen und Ausdruck der Verdrängung von Entspannungspolitik zugunsten einer Politik des 'kalten Krieges' sein!

Um schließlich nach allen Mißverständnissen vorzubeugen: die Ablehnung eines Olympiaboykotts heißt nicht die Anerkennung der Invasion in Afghanistan oder der Menschenrechtsverletzungen in der UdSSR.

Menschenrechte im Ostblock

Unter diesem Motto fand im Friedenskotten eine Diskussion mit H. Hücking statt, in deren Verlauf er zwei unterschiedliche oppositionelle Richtungen beschrieb: Zum einen die "nationalistische Strömung", der es nicht um die Verwirklichung von Menschenrechten geht, sondern um die Wiederherstellung eines starken russischen Reiches; und zum anderen eine Strömung, deren Ziel die Verwirklichung eines sozialistischen Staates unter den Gesichtspunkten der sozialen Menschenrechte, dem Recht auf Bildung, der gewerkschaftlichen Vereinigungsfreiheit und der gesellschaftlichen Verfügung über das Mehrprodukt der Arbeit ist.

Die Aufgabe der Sozialdemokraten sollte es ein, diese auf Demokratie und Sozialismus aufbauen Gruppe wirksam durch die Bereitstellung von Materialien und Mitteln, wie Abzugsgeräten und Druckgeräten zu unterstützen, anstatt die Entspannungspolitik ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der Sicherung von Investitionsmärkten zu betreiben.

Grüne SOZIS

Wir hatten im Januar begonnen, hier in G.M.Hütte einen Arbeitskreis 'Grüne in der SPD' zu gründen. Dies hat sich als schwieriger erwiesen als gedacht. Inzwischen ist der aktuelle Stand, daß wir Kontakt zu interessierten Genossen in Osnabrück haben und daß wir mit diesen Genossen in Osnabrück und im Landkreis in der nächsten Zeit verschiedene innerparteiliche Diskussionsveranstaltungen durchführen wollen, die sich mit Fragen des Umweltschutzes, der Wachstumsproblematik, der Industrialisierung, der Sicherheit und Schaffung von Arbeitsplätzen usw. befassen werden.

Was diesen Diskussionen über konkrete und weniger konkrete Probleme erhoffen wir uns die Bildung eines Arbeitskreises, der sich mit Ökologie und Sozialismus befaßt.

Zu dem Namen eines solchen Arbeitskreises ist noch zu bemerken, daß die Bezeichnung 'Grüne in der SPD' unter den Genossen und Genossinnen Verwirrung ausgelöst hat. Zwar hat der - im Augenblick gar nicht bestehende - Arbeitskreis sich noch keinen neuen Namen gegeben, jedoch wird dies in nächster Zukunft geschehen.



„Und nun passen Sie mal auf, was passiert, wenn ich das Ding hier reinstecke!“

Daß wir mit unserem Bundestagsabgeordneten Alfred Emmerlich nicht immer einer Meinung sind (B 51, Kernenergie, Nachrüstung) dürfte wohl allgemein bekannt sein. Es wird aber oft übersehen, daß es sehr viele Bereiche gibt, in denen wir weitgehend übereinstimmen. Als gutes Beispiel kann dafür die folgende Erklärung des Genossen Emmerlich zur Einstellungspraxis in den Öffentlichen Dienst in Bayern dienen:

Betr.: Jagdszene in Bayern

Zu einer besonderen Handhabung der Einstellungspraxis von Bewerbern für den öffentlichen Dienst im Freistaat Bayern erklärt der Obmann der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion im Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages, Dr. Alfred E m m e r l i c h:

In Bayern führt der Kanzlerkandidat der härteren Gangart, Dr. h.c. Franz Josef Strauß, seit Jahren vor, wie er die freiheitlich und demokratische Ordnung versteht. Grimmig bläst er zur Hatz auf "Verfassungsfeinde". Die bayerischen Behörden liefern ihm devot ein nahezu stalinistisches Übermaß an Soll-erfüllung.

Nicht nur Mitgliedern kommunistischer Parteien wird ohne Rücksicht auf die Lage des Einzelfalles der Zugang zum öffentlichen Dienst ausnahmslos verweigert. Der Bannstrahl "Verfassungsfeind" trifft mehr und mehr auch Mitglieder solcher Parteien und Organisationen, die in den Verfassungsschutzberichten als "kommunistisch beeinflusst" aufgeführt sind. Die Gleichsetzung der Mitglieder solcher Organisationen mit Kommunisten findet ohne Rücksicht darauf statt, daß

1. in den Verfassungsschutzberichten keine Feststellungen darüber getroffen werden, ob diese als kommunistisch beeinflusst gekennzeichneten Organisationen nach ihren Satzungen, Beschlüssen und nach ihrem Verhalten verfassungswidrige Ziele im Sinne von Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz verfolgen,
2. völlig klar und im Verfassungsschutzbericht 1978 auch ausdrücklich klargestellt ist, daß der Grad des kommunistischen Einflusses unterschiedlich ist und die Möglichkeit bestehen kann, daß demokratische Mitglieder in ihnen ihre Vorstellungen vertreten können,
3. der Verfassungsschutzbericht, wie der Bundesinnenminister mehrfach betont hat, ausschließlich ein Informationsbeitrag zur politischen Auseinandersetzung ist, Rechtsfolgen mit ihm nicht verbunden werden dürfen und der Bericht insbesondere kein Urteil darüber fällt, ob ein Bewerber für den öffentlichen Dienst, der Mitglied einer der im Bericht erwähnten Organisation ist, die beamtenrechtlichen Voraussetzungen für eine Einstellung erfüllt oder nicht.

Die Entscheidungen, mit denen die Einstellungen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst in Bayern abgelehnt werden, stützen sich darüber hinaus zusätzlich auf Sachverhalte, die unter

keinen Umständen geeignet sind, den Vorwurf verfassungswidrigen Verhaltens im Sinne von Artikel 21 Abs. 2 Grundgesetz zu begründen. Symptomatisch dafür ist ein Widerspruchsbescheid der Regierung von Mittelfranken gegen den Lehrer Gerhard Bitterwolf. Die Nichteinstellung Bitterwolfs wird u.a. damit begründet, daß er gegen den Antikommunismus sei und gegen die sogenannten Berufsverbote, daß er die Auffassung vertrete, die DKP gehöre zum Demokratiespektrum, und daß er den Totalitarismus und den Ostkundeerlaß der Kultusministerkonferenz kritisiert habe.

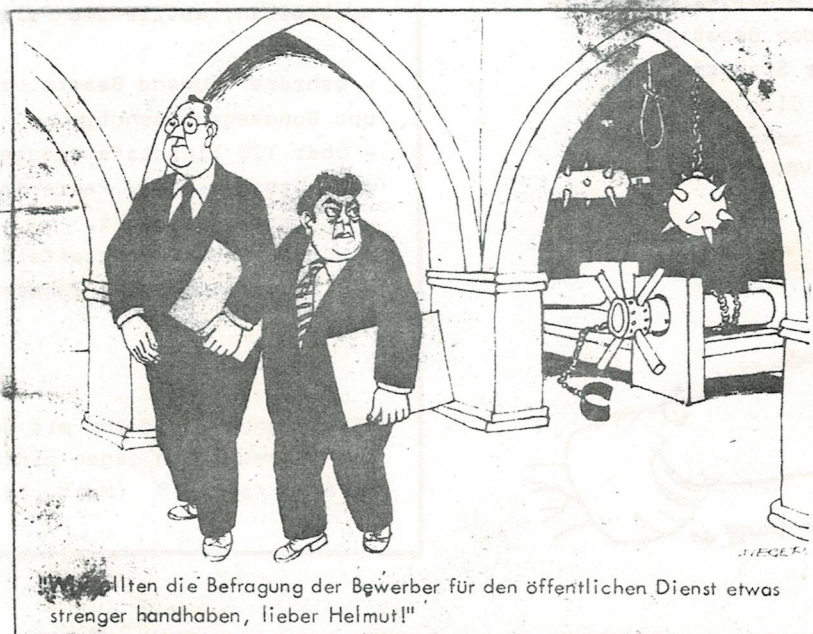
Es gibt gewiß gute Gründe, diese Ansichten politisch als falsch zu bewerten. Es kann jedoch nicht der leiseste Zweifel daran bestehen, daß sie im Rahmen der von der Verfassung garantierten Meinungsfreiheit legal sind und infolgedessen im Einstellungsverfahren nicht zum Nachteil von Bewerbern verwendet werden dürfen.

Bitterwolf hält die Friedenssicherung für die vorrangige politische Aufgabe. Er ist der Meinung, daß er bei der Verfolgung dieses Ziels auch mit Kommunisten zusammenarbeiten müsse. Bitterwolf hat von Verfassungen wegen ein Recht auf eine solche Meinung, und auch darauf, sich seiner Einsicht entsprechend zu verhalten.

Bezeichnend dafür, was in Straußeanien gefragt ist und was nicht, ist die Schlußapothese der Entscheidungsbegründung: Es komme nicht auf die Motive für den Eintritt des Bewerbers in die DFU an, ein Eintreten für friedliche Koexistenz, Entspannung und Abrüstung wäre auch in Parteien möglich gewesen, die keine verfassungsfeindlichen Ziele verfolgen.

Fazit: Der unter Strauß praktizierte Mißbrauch der sogenannten Gewährbietenklausel des Beamtenrechts ist der Versuch des Übergangs von einer freiheitlichen zu einer autoritären Ordnung, in der die Jagd freigegeben wird auf alle, die nicht bereit sind, sich dem Weltbild der CSU anzupassen.

(Aus: "Tagesdienst - Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion"; Ausgabe 492, 27. Mai 1980)



GORLEBEN soll LEBEN!

Recht und Ordnung sind seit dem 4. Juni in Gorleben wiederhergestellt, der von Atomkraftgegnern besetzte Platz der Tiefbohrung 1004 ist geräumt. Fast einen Monat lang von dem Versuch der Demonstranten irritiert, ein Zusammenleben ohne Energieverschwendung und Wachstumshysterie vorzuleben, kann der Bundesbürger nun wieder ruhig schlafen. Kann er das wirklich? Einige Folgerungen, die in Zukunft aus dem Verlauf der Bohrplatzbesetzung zu ziehen sein werden, könnten dem Schlaf der Bürger einige Alpträume bereiten: Zunächst sind durch den Aufbau des Anti-Atom-Dorfes zwei der gängigsten Argumente der Atom-Befürworter wiederlegt worden. Der Vorwurf, die Atomgegner seien in der Mehrzahl kommunistische Krawallmacher oder zumindest von solchen unterwandert, dürfte durch das bewundernswerte gewaltlose Vorgehen der Demonstranten in Gorleben vorerst nicht mehr anwendbar sein. Wichtiger noch scheint ein Zweites zu sein: Der Vorwurf, daß die Atomgegner zwar die Atomkraftwerke ablehnen, auf Energie und Wohlstand aber nicht verzichten möchten, diesen Vorwurf haben die Platzbesetzer eindrucksvoll als Zwecklüge entlarvt. Sie haben einen Monat lang vorgelebt, wie man Energieverbrauch und materiellen "Wohlstand" einschränken kann, ohne daß die Lebensqualität sinkt. Zu befürchten sind aber auch Auswirkungen des Verlaufes der Platzbesetzung auf die Atomgegner in der Bundesrepublik. Zunächst wird wohl das Verhalten der Besetzer und der geballte Auftritt der Staatsmacht in Gorleben als moralischer Sieg gefeiert werden können. Wenn sich aber die Atompolitik der Regierungen von Bund und Län-

dern nicht ändert, (und wer könnte das glauben angesichts des großen Einflusses der Atomindustrie), dann könnten neue Probleme erwachsen: Es läßt sich dann der Zeitpunkt absehen, an dem die Atomgegner erkennen, daß sie vielmehr Gefahr laufen, zu "Kasperln" oder "Clowns" und von niemand mehr ernst genommen zu werden. Die Rückkehr zur Gewalt dürfte dann unumgänglich sein. Die Politiker in diesem Lande haben es in der Hand, es nicht so weit kommen zu lassen. Nicht mit riesigen Polizeiaufgeboten, Wasserwerfern, Tränengas, gepanzerten Fahrzeugen und schwerem Räumgerät wie in Gorleben. Sondern mit Diskussionen, Verständnis und dem Willen, auch die eigene Meinung zu korrigieren, wenn sie sich als falsch erweist. Die Atomgegner haben in Gorleben ihren Willen zur Gewaltlosigkeit bewiesen, nun müssen die Politiker ihre Lernfähigkeit beweisen. Das gilt in ganz besonderem Maße für die SPD-Politiker, denn die CDU ist von der Jugend doch längst abgeschrieben worden.

Um die etwa zweieinhalbtausend friedlichen, unbewaffneten Demonstranten, darunter viele Frauen und Kinder, von dem besetzten Bohrplatz in Gorleben zu vertreiben, setzte die Polizei ein:

- mehrere tausend Beamte von Polizei und Bundesgrenzschutz,
- über 120 Einsatzfahrzeuge, Lastwagen, Wasserwerfer, Panzerfahrzeuge,
- schweres Räumgerät,
- Hunde- und Pferdestaffeln,
- 9 Hubschrauber des Bundesgrenzschutzes.

"Ausgegangen seid ihr mit Schwertern und Stangen, wie gegen einen Mörder um mich zu fangen!" (Matt., 26, 55)

